



AG Vorbereitung

Ergebnisprotokoll der 5. Sitzung vom 25.11.2020

Ort, Datum/ Uhrzeit	Videokonferenz, 25.11.2020/ 19.30 – 21.45 Uhr
Teilnehmende	Insgesamt 100 Teilnehmende, darunter AG Vorbereitung IKU (Moderation) Geschäftsstelle (GS/ Protokoll)

Ergebnisse

TOP 1 - Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung

Der Moderator begrüßt die Teilnehmenden zum öffentlichen Teil der Sitzung und erläutert die Gesprächsmöglichkeit ab 20.30 Uhr. Beiträge, die aufgrund begrenzter Zeit nicht aufgerufen werden können, sollen nachträglich über die GS an die AG-V gesandt werden. Die Beiträge fließen in die interne Diskussion der AG-V ein; eine Rückmeldung kann dagegen nicht in jedem Fall erfolgen.

TOP 2 - Arbeit der AG Vorbereitung

Fr. Dr. Uthe stellt die AG Vorbereitung vor.

Die Begrenzung der TN-Zahl auf 100 Teilnehmende wird kritisiert, die GS klärt die Zugangsmöglichkeit für mehr als 100 Teilnehmende für die kommende Sitzung. Herr Hagedorn stellt ad hoc einen NBG-Videokonferenz-Raum zur Verfügung; den diesbezüglichen Link übersendet die GS im Verlauf der Sitzung an die angemeldeten Teilnehmenden.

Ein Teilnehmer fordert zunächst über das Mandat der Gruppe zu sprechen. Die Gruppe sei nicht legitimiert, die Beratung sei daher für alle Interessierte zu öffnen. Fr. Laubenthal erklärt, sie teile die Auffassung des Teilnehmers. Frau v. Oppen erläutert, dass die Arbeitsgruppe ab 20.30 Uhr im Austausch mit der Öffentlichkeit arbeiten könne.

TOP 3 - Öffentliche Online-Plattform „Dokumentenliste der Fachkonferenz Teilgebiete – AG-V“ (GS)

Hr. Bautz stellt den Impuls der Geschäftsstelle für eine Dokumentliste von FK-bezogenen Unterlagen auf der Unterseite der Fachkonferenz auf der Internetseite www.endlagersuche-infoplattform.de vor. Er weist darauf hin, dass es sich hierbei nicht um die Informationsplattform nach § 6 StandAG handelt.

Die Mitglieder der AG-V (Dr. Mehnert, Fox, Laubenthal, Wenzel, Hasford) bringen folgende Vorschläge dazu ein:

- Die Dokumente sollen möglichst schnell zur Verfügung gestellt werden; Erweiterungen sollen später sukzessive erfolgen,
- zusätzlich zum Erstellungsdatum solle das Veröffentlichungsdatum vermerkt werden und die Liste nach diesem Datum durchsuchbar sein,
- Bekanntmachung der Veröffentlichung über RSS-Feed,
- Veröffentlichung von Sitzungsterminen,
- Veröffentlichung der bisherigen Protokolle,
- Kommentierbarkeit der Dokumente dort ermöglichen, wo es nach Art der Dokumente sinnvoll sei sowie
- Barrierefreiheit der eingestellten Dokumente herstellen.

Hr. Dr. Bautz betont, dass es darum gehe wesentliche finale Dokumente zugänglich zu machen. Eine Kommentierbarkeit von Entwürfen sei nicht vorgesehen. Das Angebot der GS könne bis Mitte Dezember umgesetzt werden, eine Basisvariante ggf. früher.

Die AG-V verständigt sich ohne Abstimmung darauf, die Änderungswünsche der GS zu übermitteln; eine erste Basisversion soll zum schnellstmöglichen Zeitpunkt umgesetzt werden.

TOP 4 - Transparenz der Fragen, Einwände und Stellungnahmen zum Zwischenbericht

Die von Fr. von Oppen und Hrn. Fox vorgelegte Beschlussvorlage „Fragen, Einwände und Stellungnahmen zum Zwischenbericht Teilgebiete- Transparenz als Voraussetzung für die Erörterung an den Beratungsterminen“ wird vorgestellt und nach Diskussion ergänzt.

Abstimmung: 11 ja, 0 nein, 0 Enthaltung (ohne Fr. Laubenthal).

Hr. Fox übermittelt den gefassten Beschluss an das BASE und die BGE mbh.

Hr. Bautz verweist auf das Angebot der GS, die Konsultationsergebnisse der vom BASE geführten Online-Konsultationsplattform zum Zwischenbericht für die drei Beratungstermine bereitzustellen.

TOP 5 - Wissenschaftsbasierte Arbeit der Fachkonferenz Teilgebiete

Hr. Dr. Mehnert stellt die Beschlussvorlage zur Gründung von Arbeitsgruppen auf dem 1. Beratungstermin vor. Hr. Wenzel regt an, dass wissenschaftlichen Kontroversen um den Zwischenbericht Teilgebiete auf der Fachkonferenz thematisiert werden und wünscht sich rege Beteiligung der Öffentlichkeit.

Abstimmung: keine Abstimmung

TOP 6 - Austausch mit externen Gästen (ca. ab 20.50 Uhr)

Wortmeldungen bezogen sich auf:

1. Infragestellung der Legitimation der AG-V

- Anzahl der Mitglieder sei nirgends festgelegt.
- Es habe keine Möglichkeit gegeben, sich vor der Wahl abzustimmen.
- Die Wahl auf der Auftaktveranstaltung sei nicht angekündigt gewesen.
- Es habe technische Probleme bei Kandidaturen und Wahlprozess gegeben.
- Protest gegen den Wahlprozess sei von der Leitung nicht beachtet worden.
- Papiere der AG-V Gruppe seien der Öffentlichkeit vor der heutigen Sitzung nicht zur Verfügung gestellt worden.
- Durch die Gründung der AG-V sei der Öffentlichkeit das Recht zur Selbstorganisation der FK genommen worden.

2. Beschlussvorlage zu TOP 5

- Es gebe eine Diskrepanz zwischen Fortschreiten der Wissenschaft und bereits festgeschriebenen Ausschlusskriterien - wo werden Kriterien im Rahmen des „lernenden Verfahrens“ überarbeitet/ erweitert?

3. Anspruch an das Standortauswahlverfahren

- Wissenschaftsbasiertheit des Verfahrens stehe zu stark im Vordergrund gegenüber der Transparenz, des lernenden und partizipativen Verfahrens.
- Das Stichwort von der „Selbstorganisation“ der Fachkonferenz habe die Erwartung geweckt, die Bürger*innen würden wirklich beteiligt; Die AG-V erwecke nun den Eindruck, davor zurückzusehen; so z.B. seien die als Öffentlichkeit Teilnehmenden nur „Gäste“.
- Eine Verschiebung der Fachkonferenz sei angeraten.

Hr. Hasford sieht die Notwendigkeit, in der Fachkonferenz Wissen aufzubauen und zu speichern.

Hr. Wenzel betont, dass die Wahlumstände der AG-V auch zu Diskussionen in der AG-V geführt hätten und Verbesserungen für die Zukunft gewollt seien. In der vorläufigen GO (§ 4 Abs. 4) sei die Gründung von Arbeitsgruppen allerdings vorgesehen worden. Die Fixierung auf die derzeitigen Kriterien müsse diskutiert werden. Dafür müsse man aber aus Geschäftsordnungsdebatten heraus und in inhaltliche Diskussionen hinein kommen. Daher sei die Forderung nach Verschiebung der FK kritisch zu bewerten.

Hr. Dr. Mehnert betont, dass die FK verständlich über Grundlagen des StandAG debattieren müsse. Wissenschaftliche Kritik wie bspw. die zu Erdbebenzonen vs. Spannungsverhältnissen müsse vom BASE i.S.v. Gesetzesvorschlägen aufgegriffen werden. Die Arbeit der AG-V müsse permanent öffentlich sein mit der Möglichkeit, Beiträge einzureichen. Partizipation in dem wissenschaftsorientierten Verfahren nach StandAG bedeute in erster Linie, Verständnis zu erzeugen bei Menschen ohne Vorwissen. Erst danach könne Partizipation betrieben werden, weil dann die Öffentlichkeit eigene Ideen einbringen könne.

- Die Fachkonferenz solle sich auch mit den einzulagernden Materialien befassen.
- Zerfallszeit, Wärmeentwicklung spielen zwar bei Geologie eine Rolle, sollten aber als Systemmaterial gleichwertig betrachtet werden.

- Der Zwischenbericht benenne zu viele Teilgebiete; die BGE müsse diese deutlich reduzieren.
- Die Bereitschaft von Kommunen zur Aufnahme eines Endlagers sei zu wenig im Fokus; daher sollte diese Bereitschaft Teil der Auswahlkriterien werden.
- Gelingensbedingungen für das Beteiligungsverfahren müssten beachtet werden. Es sei ein Umgang damit nötig, dass sich z.B. aufgrund technischer Probleme ggf. nicht alle Interessierten wirksam beteiligen können.

Grundkonflikt als TOP für nächste Woche vorsehen, Diskussion nicht auf AG-V begrenzen.

An der Videokonferenz können weiterhin nicht mehr als 100 Menschen teilnehmen.

Hr. Reimer wäre bereit, seinen Platz abzugeben für eine/n andere/n Teilnehmer/in.

Hr. Reimer ist generell für eine Öffnung der Gruppe; die praktische Gestaltung dafür sei aber unklar. Für die Vorbereitung der Konferenz ruft er zur Einbringung von Ideen durch die gesamte Öffentlichkeit auf.

Hr. Wenzel ruft ebenfalls zu inhaltlichen Themenvorschlägen für den 1. Beratungstermin auf und regt einen umfassenden Austausch zu wissenschaftsbasierten Kontroversen an.

- Die AG-V solle Expertise z.B. des Bundesverbandes der Mediatoren nutzen. Angeraten sei eine Absage des Februartermins und der Start erst mit dem Apriltermin.

Hr. Bautz erläutert, dass die Orientierung auf Sachfragen wichtig sei in Vorbereitung des 1. Beratungstermins. Er weist darauf hin, dass es die Aufgabe der AG-V sei, Vorschläge zur Gestaltung des ersten Beratungstermins zur erarbeiten, die dann von der FK beraten würden.

- Vorbereitung des Beratungstermins allein durch AG-V wäre unzureichend.
- Unterarbeitsgruppen und geeignete Werkzeuge würden helfen, den Termin trotz Zeitdrucks gut vorzubereiten.
- Das Gelingen der Fachkonferenz läge auch in der Verantwortung aller Beteiligten.

Fr. v. Oppen hält Beteiligungsmöglichkeiten nach StandAG zwar nicht für ausreichend, aber gegenüber früheren Verhältnissen für eine große Verbesserung. Die AG-V sollte als Steuerungsgruppe weiter arbeiten, damit es in den Beratungsterminen zu einer fachlichen Diskussion komme. Ziel des ganzen Verfahrens wäre eine hochqualifizierte Form der Endlagerung. Zunächst gehe es aber hier um eine begrenzte Planungsaufgabe. Auf der kommenden Sitzung würden weitere Öffnungsmöglichkeiten präsentiert und Vorschläge für Arbeitsgruppen vorgestellt.

Hr. Wenzel sieht Schwächen des Mandats der AG-V, verweist aber auch auf die Grenzen des StandAG (Frist von sechs Monaten für die Beratungen der Fachkonferenz Teilgebiete, danach Mitteilung der Ergebnisse an die BGE mbH innerhalb von nur vier Wochen).

Hr. Dr. Mehnert befürwortet die Gründung von Unterarbeitsgruppen und erbittet Vorschläge der Teilnehmenden an die AG-V mit Ideen für Themen und Zusammensetzung.

Die Vorschläge könnten auf der nächsten Sitzung vorgestellt und die Genannten dazu eingeladen werden. Hier böte sich auch eine U-AG „Abfall“ oder eine U-AG zur GO an.

Die nächste öffentliche Sitzung findet am Mittwoch, dem 02.12.2020 statt. Fr. Laubenthal fordert, hierzu eine externe Moderation zu beauftragen. Die Moderation und Hr. Hasford wiederholen die Aufforderung, Beiträge an die AG-V zu senden.